

# Gemeinderats-Kandidatinnen

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **26 (1970)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-845374>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Gemeinderats-Kandidatinnen

Es ist interessant, wieviele Frauen von den Parteien als Gemeinderats-Kandidatinnen aufgestellt worden sind. Insgesamt 191! Auch Parteien, die früher offen gegen das Stimmrecht der Schweizerin auftraten, haben nun munter drauflos Kandidatinnen ernannt. Natürlich freuen wir uns, dass sich soviele Frauen bereit fanden, ein solches Amt zu übernehmen, und sind auch überzeugt, dass sie sich bestens bewähren werden.

Bei Redaktionsschluss waren uns die folgenden Namen von langjährigen und aktiven Mitgliedern unseres Stimmrechtsvereins bekannt. Es kann sehr gut sein, dass noch weitere Kandidatinnen Mitglieder sind. Sollten Sie dies beim Ausfüllen der Listen genauer wissen wollen, so gibt Ihnen unser Sekretariat 25 94 09 gerne Auskunft.

Benz-Burger Lydia Dr. phil. I, Kreis 9, LdU  
Faber-Odermatt Gaby, Kreis 7, LdU  
Gessner Selma Regula, Kreis 2, SP  
Heeb Irma, Kreis 11, SP  
Kauer Marthe, Kreis 1, SP  
Keller-Graf Elisabeth, Kreis 3, Chr. soz.

### **Lieberherr Emilie Dr. nat. oec. Stadtratskandidatin SP**

Messmer Fanny, Kreis 4, SP  
Meyer-Fröhlich Liselotte Dr. iur., Kreis 7, FP  
Morf Doris, Kreis 6, SP  
Uchtenhagen Lilian, Dr. rer. pol., Kreis 7, SP  
Zaugg-Alt Maria, Kreis 2, SP

Der Stimmrechtsverein Zürich wünscht allen Kandidatinnen viel Glück und Erfolg und hofft, dass Frau Dr. Lieberherr als Stadträtin und recht viele Gemeinderätinnen gewählt werden.

## Und das soll gefeiert werden!

Zu diesem grossen Ereignis lädt der Stimmrechtsverein alle ein, mit den gewählten Frauen anzustossen. Bitte kommen Sie alle am **Montag, den 9. März** zwischen 20—23 Uhr in den Zeughauskeller.

Wir wollen uns zusammen freuen!

## Motion Ernst Rosenbusch, Zürich

Zürich, 22. Dezember 1969

Auf dem Wege zur politischen Gleichberechtigung der Frau ist im Kanton Zürich mit der Volksabstimmung vom 14. September 1969 ein offensichtlicher Durchbruch erfolgt. Seither hat in kurzer Zeit eine über alle Erwartungen grosse Zahl von Gemeinden das Frauenstimmrecht eingeführt; eine starke Mehrheit der im Kanton niedergelassenen Schweizerbürgerinnen hat damit das Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten erhalten.

Angesichts dieser bedeutsamen Entwicklung erscheint eine raschere Gangart zur integralen politischen Gleichberechtigung der Frau als angezeigt; namentlich ist die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechtes der Frauen auf den Zeitpunkt der kantonalen Wahlen im Frühjahr 1971 erwünscht.

Der Regierungsrat wird ersucht, dem Kantonsrat zuhanden des Volkes bald eine Verfassungsvorlage zu unterbreiten, durch welche das Stimmrecht und die Wählbarkeit der Frauen im Kanton und in den Bezirken eingeführt wird.

Ernst Rosenbusch, Kantonsrat